

Wladimirs Wahrheiten

Russlands Präsident Putin nutzt und manipuliert die Geschichte für seine aggressive Politik. Verstärkt versucht er auch, das Holocaust-Gedenken zu vereinnahmen. Wer dagegen angehen will, muss sich jedoch selbst strikt an die historische Wahrheit halten.

Von Richard Herzinger

Auch das Gedenken an das Kriegsende in Europa vor 75 Jahren wird von der Corona-Krise überschattet. Dass sich Russlands Staatschef Wladimir Putin angesichts der Bedrohung durch das Virus gezwungen sah, die für den 9. Mai in Moskau geplante gigantische Militärparade zu verschieben, wird ihn aber kaum daran hindern, die Erinnerung an den Triumph über den Nationalsozialismus für weitere geschichtspolitische Propagandaoffensiven zu nutzen. Die Parade, so sah es Putins Drehbuch vor, sollte die neoimperiale russische Militärmacht im antinazistischen Glanz der Roten Armee erstrahlen lassen – und die Anwesenheit von Staats- und Regierungschefs aus aller Welt hätte das Placet der internationalen Gemeinschaft für diese Instrumentalisierung der Vergangenheit suggeriert.

Anfang des Jahres hatte Russlands Präsident bereits die westliche Welt mit dem Vorschlag einer Neuauflage der Konferenz

von Jalta überrascht, wo Anfang 1945 die „großen Drei“ Franklin D. Roosevelt, Winston Churchill und Josef Stalin die Umrisse der kommenden Nachkriegsordnung festgelegt hatten. Zuerst in Jalta und Monate später bei der Potsdamer Konferenz sicherten die Sowjets ihre Vorherrschaft über Osteuropa ab und ließen keinen Zweifel daran, dass sie die Gebiete, die sie sich infolge des Hitler-Stalin-Pakts von 1939 gewaltsam einverleibt hatten, nicht wieder herausrücken würden. Die Sowjetunion, deren Ende Putin als „die größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts“ bezeichnet hat, umfasste so auch jene territoriale Beute, die Stalin in Übereinkunft mit Hitler gemacht hatte.

Indem Putin das Jalta-Format wiederaufleben lassen will, stellt er klar, dass er in jene alten Zeiten zurückkehren möchte, als Großmächte unter sich den Globus in Einflusszonen aufteilten – und dass er für dieses Vorhaben die moralische Autorität der Siegerkoalition gegen Hitler beansprucht, mit dem heutigen Russland in der Rolle der Sowjetunion. Mit der Reminiszenz an Jalta gibt der Kremlchef dem Westen zugleich einen Fingerzeig, dass er die Anerkennung seiner völkerrechtswidrigen Annexion der Krim erwartet. Zwar kann er kaum ernsthaft hoffen, dass die Repräsentanten westlicher Staaten derzeit zu einer Konferenz auf die Krim reisen würden. Indem er sein Projekt aber mit dem Namen

Jalta verbindet, stellt er einen assoziativen Konnex zwischen der Krim und ihrer vermeintlichen Zugehörigkeit zu Russland her.

Mit solch skrupelloser wie trickreicher Entschlossenheit verfolgt Putin die Absicht, die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg seinem neosowjetischen Geschichtsnarrativ zu unterwerfen – und sie zum Instrument der Durchsetzung seiner weltpolitischen Agenda zu machen. Russland, das sich auf diese Weise faktisch zum historischen Alleinerben der Siegermacht Sowjetunion aufschwingt, soll nach seinem Willen international als eigentliche Hauptkraft der Befreiung der Menschheit von der Geißel des Nationalsozialismus anerkannt werden. Dieser Nimbus dient dem Kreml dazu, nach innen seiner autoritären Herrschaft und nach außen der brachialen Gewaltpolitik, mit der er von der Ukraine bis Syrien seine globalen Machtansprüche durchsetzt, den Anschein historischer Legitimität zu verleihen.

Dazu muss Putin jedoch einen erheblichen Teil der historischen Wahrheit aus seinem Geschichtsbild tilgen. So etwa, dass der Hitler-Stalin-Pakt von 1939 der NS-Kriegsmaschine den Weg zur Eroberung Polens geebnet hatte, wofür sich die Sowjetunion mit der Besetzung und brutalen Unterwerfung Ostpolens sowie der Annexion der baltischen Staaten schadlos hielt. Vergessen gemacht werden soll nach seinem Willen auch, dass Moskau bis zum Überfall Hitlers auf die Sowjetunion als dessen faktischer Verbündeter agierte und mit Rohstofflieferungen half, die NS-Kriegsmaschine am Laufen zu halten.

Ins historische Gedächtnis Putinscher Prägung passt auch nicht die Tatsache, dass die Sowjetunion ohne die massiven Rüstungslieferungen der Vereinigten Staaten im Rahmen von Roosevelts „Leih- und

Bild nur in
Printausgabe
verfügbar

Auch ohne Großveranstaltungen (wie 2019) wird Putin den 75. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs für geschichtspolitische Propaganda nutzen.

Pacht-Gesetz“ den Krieg gegen die NS-Invasoren kaum hätte durchstehen können.

Schon seit Langem nutzt der Kremlchef die Geschichtspolitik als Waffe in seinem hybriden Krieg gegen den Westen und die Staaten der ehemaligen Sowjetunion, die er wieder unter die Kontrolle Moskaus zwingen will. Das hat vor allem die Ukraine zu spüren bekommen, deren Kampf für Unabhängigkeit und Demokratie von der Kremlpropaganda als das Werk von „Faschisten“ denunziert wird, die in der Kontinuität ukrainischer nationalistischer NS-Kollaborateure stünden. (Wobei Moskau verschweigt, dass es ebenso ein breites Spektrum an russischen Kollaborateuren gegeben hat.) Diese vermeintliche historische Kontinuität diente dem Kreml als Vorwand für die Annexion der Krim und für seine Invasion der Ostukraine.

Die ganze Perfidie dieser „antifaschistischen“ Camouflage des Kremls wird deutlich, wenn man bedenkt, dass er heute der wichtigste finanzielle, propagandistische und ideologische Förderer der extremen Rechten in Westeuropa ist. Putin und seine Desinformationsspezialisten haben damit ein neues Genre kreiert – den „faschistischen Antifaschismus“, wie der Historiker Timothy Snyder das Doppelspiel des Kremls charakterisiert hat: politische Gegner wahllos als „Faschisten“ zu brandmarken, zugleich aber gemeinsam mit real existierenden Faschisten und Neonazis gegen die liberale Demokratie Front zu machen.

Putins jüngster Vorstoß beim Umschreiben der Geschichte des Zweiten Weltkriegs zielt auf das EU-Mitglied Polen, das er zum historischen Wegbereiter für Hitlers Vernichtungskrieg zu stempeln versucht – ausgerechnet jenen Staat also, der diesem als erster zum Opfer fiel. Dabei reinstalled er die alte sowjetische Propagandalüge, nach der der Hitler-Stalin-Pakt eine reine Defensivmaßnahme gewesen sei: Moskau habe dadurch lediglich Zeit gewinnen wollen, um sich gegen den sicher bevorstehenden deutschen Überfall auf die UdSSR zu wappnen.

Und Putin steht nicht an, den vom Januar 1934 bis April 1939 gültigen deutsch-polnischen Nichtangriffspakt mit dem Hitler-Stalin-Pakt gleichzusetzen, der in Wirklichkeit ein deutsch-sowjetischer Aggressionskriegspakt zur Aufteilung Polens und der Einflusszonen beider totalitärer Mächte im östlichen Europa war. Wobei er zudem unerwähnt lässt, dass Polen einen weitgehend gleichlautenden Nichtangriffspakt wie den mit Deutschland bereits 1932 mit der Sowjetunion geschlossen hatte.

Darüber hinaus arbeitet Putin mit aller Kraft daran, sich der Deutungshoheit über die Geschichte des Holocaust zu bemächtigen. Und er kann dabei durchaus erste beunruhigende Erfolge verbuchen. So wurde ihm trotz seiner jüngsten geschichtsrevisionsistischen Vorstöße die Gelegenheit gegeben, beim World Holocaust Forum im Januar in der Gedenkstätte Yad Vashem zum 75. Jahrestag der Befreiung des deutschen Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau zu sprechen, während dem polnischen Präsidenten dort das Wort verweigert wurde.

Es entstand so der Eindruck, Putins Manipulationen der historischen Wahrheit zu globalpolitischen strategischen Zwecken würden auf höchster internationaler

Ebene abgesegnet und das Holocaust-Gedenken aktuellen machtpolitischen Kräfteverhältnissen untergeordnet.

Besonders gravierend war dabei die Aufwertung, die Putins Auftritt durch Israels Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu erfuhr. Dieser ließ deutlich erkennen, dass er den Kremlchef als den bevorzugten Stargast der Veranstaltung betrachtete, bei der doch eigentlich die Überlebenden und ihre Angehörigen im Mittelpunkt hätten stehen müssen. Vor der Gedenkstunde weihte der israelische Premier mit dem Kremlchef ein Denkmal für die Opfer der Belagerung Leningrads ein und ließ die bereits versammelten Gäste der Gedenkveranstaltung dafür eine Stunde warten. Dass Putin bei dieser Gelegenheit die Blockade Leningrads als eines der schlimmsten Verbrechen der Geschichte gleichrangig neben den Holocaust stellte, wurde von Netanjahu oder anderen israelischen Offiziellen, die sonst zu Recht empfindlich auf Relativierungen der NS-Judenvernichtung reagieren, nicht beanstandet. Unwidersprochen blieb auch Putins haltlose Behauptung, 40 Prozent der Opfer der Shoa seien sowjetische Bürger gewesen.

Diese Liebedienerei gegenüber einer autoritären Macht auf Kosten der geschichtlichen Wahrheit wurde in der israelischen Öffentlichkeit heftig kritisiert. Netanjahu habe sein Bestreben nach einer strategischen Partnerschaft mit Russland über das Anrecht der Opfer des Holocaust gestellt, nicht politisch missbraucht zu werden. Fast noch bestürzender war aber, dass die Gedenkstätte Yad Vashem als Mitveranstalterin dazu beitrug, Putin diese Bühne für seine Selbstdarstellung als Bewahrer des Holocaust-Gedenkens zu bereiten. Die Begründung, mit der die Gedenkstätte die Auswahl der Redner verteidigte, war wenig überzeugend. Es sollten, hieß es, die Vertreter jener Mächte zu Wort kommen, die einst den Sieg über den Nationalsozialismus erkämpft hätten. Dazu passt jedoch nicht, dass mit dem deutschen Bundespräsidenten der Repräsentant eben jenes Landes sprechen durfte, dessen Vorgängerstaat damals Polen überfiel, die polnische Staatlichkeit auslöschte und auf polnischem Boden den industrialisierten Judenmord betrieb.

Zudem ist Putin Präsident der Russischen Föderation, nicht aber der bekanntlich nicht mehr existierenden Sowjetunion. Diese umfasste jedoch auch Nationen wie die Ukraine und Belarus. Und die Rote Armee, die am 27. Januar 1945 Auschwitz befreite, war die Armee der gesamten Sowjetunion, nicht nur Russlands. Hätte dann nicht auch ein

Repräsentant dieser heute unabhängigen Nationen, die unter der Nazi-Besatzung und im Krieg gegen sie nicht weniger Opfer brachten als die russische, zu Wort kommen sollen? So wurde Putin auch noch in seinem Bestreben bestätigt, den sowjetischen Sieg über die Nazi-Invasoren allein Russland an die Fahne zu heften.

Und wie groß war eigentlich der Beitrag Frankreichs zum Sieg über Hitlerdeutschland? Nach seiner raschen Kapitulation bildete sich dort eine Kollaborationsregierung, und die französische Polizei übernahm es, zur Deportation in die Vernichtungslager bestimmte Juden zusammenzutreiben. Bei aller Ehre, die de Gaulles Freier Französischer Armee und der französischen Résistance gebührt – der militärische Beitrag Frankreichs zum alliierten Sieg über Nazi-Deutschland überstieg wohl kaum den Polens, das keine Kollaborationsregierung kannte, dessen Exilführung von Anfang an auf der Seite der Westalliierten stand und dessen Soldaten mit größtem Einsatz für den alliierten Sieg kämpften. Namentlich an der Luftschlacht um England 1940, in der Hitlers Blitzkriegsmaschine die erste schwere Niederlage einstecken musste und die Großbritannien vor der deutschen Invasion bewahrte, waren polnische Piloten maßgeblich beteiligt. Obwohl sie nur 5 Prozent aller Piloten der Royal Air Force ausmachten, verbuchten sie 12 Prozent der Abschnitte deutscher Flugzeuge.

Nachträglich hat sich die Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem zwar für diverse geschichtsfälschende Darstellungen im Rahmen des World Holocaust Forum entschuldigt. Unbeantwortet bleibt aber einstweilen, wie sie – als eine der höchsten Autoritäten in Sachen Holocaust-Gedenken – es überhaupt so weit kommen lassen konnte. Zumal bekannt war, dass die Organisation des Forums in den

Händen des Putin-nahen russischen Oligarchen Moshe Kantor lag, der als Präsident des in der internationalen jüdischen Gemeinschaft höchst umstrittenen „European Jewish Congress“ firmiert.

Putins Auftritt in Yad Vashem markiert somit eine neue Dimension politischer Instrumentalisierung des Holocaust-Gedenkens. Der Umgang mit diesem beispiellosen Menschheitsverbrechen hat in den Nachkriegsjahrzehnten bereits mehrere Transformationen erfahren. In der ersten Phase nach 1945 musste die Erinnerung an den NS-Judenmord gegen die (nicht nur in Deutschland) weit verbreitete Forderung aufrechterhalten werden, es solle „endlich“ ein „Schlussstrich“ unter die Vergangenheit gezogen werden. Allerdings wurde die systematische Auslöschung des europäischen Judentums in den jeweiligen nationalen Erinnerungsnarrativen nicht als singulärer Vorgang betrachtet, sondern unter die jeweils eigene nationale Opfergeschichte subsumiert.

Die Judenvernichtung galt als eines von vielen horrenden Kriegsverbrechen Nazi-Deutschlands. Im Nürnberger Kriegsverbrechertribunal von 1946 tauchte dementsprechend die „Endlösung der Judenfrage“ nicht als ein gesonderter Anklagepunkt auf. Der Judenmord, der in Wahrheit das konstitutive Motiv der NS-Ideologie und das oberste Kriegsziel des Hitler-Regimes war, wurde zwar nicht verschwiegen, rückte aber gegenüber der allgemeinen Leidensgeschichte der europäischen Völker in den Hintergrund.

Eine frühe wirkmächtige Relativierung des Holocaust der besonderen Art enthielt dabei die sowjetische Lesart der Geschichte des Zweiten Weltkriegs. Deren Grundlage bildete der kommunistische „Antifaschismus“. Gemäß der von Komintern-Chef Georgi Dimitroff Mitte der 1930er Jahre formulierten Theorie handelte es sich bei dem „Faschismus“, unter den kurzerhand auch der Nationalsozialismus subsumiert wurde, um eine besonders aggressive Herrschaftsform des Kapitalismus in seiner „imperialistischen“ Endphase. In der dann logischen Folge wurden Hitlers Eroberungs- und Vernichtungskriege als eine Art Klassenkampf mit anderen Mitteln gegen die internationale Arbeiterklasse und ihr „sozialistisches Vaterland“ aufgefasst. Als deren Hauptopfer galten der Sowjetunion konsequenterweise die Kommunisten, nicht die Juden.

Im Verlauf der 1980er und 1990er Jahre setzte sich jedoch zunächst in den westlichen Demokratien und dann auch auf

Bild nur in Printausgabe verfügbar

Umstrittener Redner: Putins Auftritt bei der Gedenkfeier zum 75. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz-Birkenau in Yad Vashem am 23. Januar markiert eine neue Dimension politischer Instrumentalisierung des Holocaust-Gedenkens.

der Ebene der Vereinten Nationen der Konsens durch, dass es sich beim Holocaust um ein singuläres Verbrechen gegen die Menschlichkeit handelte – und nicht etwa nur um eine unter anderen völkermörderischen Gräueltaten, wie sie sich in der Geschichte vielfach ereignet haben. Die Shoa (als „Holocaust“ wurde die NS-Judenvernichtung erst seit Ende der 1970er Jahre bezeichnet) stand nun als universales Geschichtszeichen für den ultimativen Zivilisationsbruch.

Diese Universalisierung des Holocaust zum Inbegriff äußerster Unmenschlichkeit setzte jedoch sogleich eine Art Opferkonkurrenz in Gang. Verschiedenste Gruppen bemächtigten sich des Begriffs

und reklamierten für sich, ebenso schreckliches oder sogar noch größeres Leid erlitten zu haben als die Juden unter der NS-Herrschaft. So pflegten Verfechter der „Dritte Welt“-Theorie die Gräueltaten des europäischen Kolonialismus und der Sklaverei mit dem Holocaust gleichzusetzen. In arabischen Ländern wurde es üblich, die vermeintliche Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung durch Israel nach 1948 als „Holocaust“ zu bezeichnen. Erst jüngst gebrauchte ein Vertreter der PLO das Wort, als er Israel der Urheberschaft für die Ausbreitung des Corona-Virus in den palästinensischen Gebieten bezichtigte.

Der Begriff wurde jedoch auch von diversen westlichen politischen Bewegungen vereinnahmt und inflationär gebraucht: Friedensaktivisten warnten im Kampf gegen die NATO-Nachrüstung in den späten 1970er und frühen 1980er Jahren vor einem „atomaren Holocaust“, und Rechtsextremisten gefielen sich bis heute darin, den „Bomben-

Holocaust“ anzuprangern, den die Westalliierten im Zweiten Weltkrieg mit ihren Luftangriffen auf deutsche Städte verübt hätten.

Jetzt aber werden wir Zeugen einer neuen Dimension der Instrumentalisierung, die das Gedenken an die Shoa keineswegs negiert, zu minimieren oder zu relativieren versucht, sondern es sogar aktiv hochhält – es jedoch so umdeutet, dass es sich nahtlos in die eigene nationale Opfer- und Heldengeschichte fügt. Putins Russland geht hier mit kalter Systematik voran. Aber auch andere Nationen beteiligen sich an dieser Aneignung des Holocaust-Gedenkens für die eigenen Zwecke. So ist die derzeitige polnische Regierung eifrig bemüht, die Erinnerung ihrem nationalistischen Selbstbild gemäß zurechtzubiegen. Glaubt man den Ideologen der Regierungspartei PiS, bestand das polnische Volk fast nur aus selbstlosen Helfern verfolgter Juden. Überdies betonen sie gerne, die meisten jüdischen Opfer in Auschwitz seien doch Polen gewesen – obwohl dies völlig an der Sache vorbeigeht. Denn die Juden wurden von der NS-Mordmaschinerie, unabhängig von ihrer jeweiligen Nationalität, allein aufgrund der Tatsache vernichtet, dass sie Juden waren.

In der Tat gab es zahlreiche Polen, die Juden gerettet haben oder zu retten versuchten. Unter den in Yad Vashem als „Gerechte der Völker“ Geehrten finden sich mehr polnische Bürger als Angehörige irgendeiner anderen Nation. Die ebenfalls reale dunkle Seite polnischer Kollaboration und des tief verwurzelten polnischen Antisemitismus jedoch möchte die PiS-Regierung möglichst ganz aus ihrer Geschichtserzählung ausblenden. Wer sie zu intensiv beleuchtet, wird von ihr sogar per Gesetz mit Strafe bedroht.

Ähnliche Tendenzen sind in Ungarn unter Viktor Orbán sowie in anderen ost-

Bild nur in
Printausgabe
verfügbar

Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau: Nicht nur Russland, auch andere Nationen instrumentalisieren das Holocaust-Gedenken für die eigenen Zwecke.

europäischen Staaten zu beobachten. Dass sich der ungarische Diktator Horthy, dessen Regime Kriegsverbündeter Hitlerdeutschlands war, bis zur Besetzung Ungarns durch die Wehrmacht im März 1944 der Auslieferung der Juden seines Landes an die NS-Vernichtungsmaschinerie widersetzte, dient etwa Orbán und seinen Ideologen dazu, Horthy selbst zum Opfer nationalsozialistischer Aggression zu stilisieren.

Doch anders als Russland verfolgen diese osteuropäischen Staaten mit ihren problematischen nationalistischen Geschichtsnarrativen immerhin keine aggressiven imperialen Absichten. Ihr Rückfall in nationalapologetische Geschichtsschreibung ist auch als eine Überreaktion darauf zu verstehen, dass ihre historischen Erfahrungen mit beiden totalitären Systemen in der gesamteuropäischen Erinnerungskultur noch immer zu wenig Beachtung finden.

Wahr ist indes auch, dass Polen vor dem Überfall Nazi-Deutschlands kein hehrer Ort unbefleckter Unschuld war, sondern ein autoritärer Staat mit einem antisemitisch gefärbten Regime. Aber weder der historische polnische Antisemitismus noch der fragwürdige Umgang führender polnischer Politiker damit rechtfertigt, die Leidensgeschichte Polens zu relativieren und es gar auf eine politische und moralische Stufe mit seinem Peiniger zu stellen. Dies gilt umso mehr, wenn dieser Versuch von jener Macht ausgeht, die ihre sowjetische Vergangenheit glorifiziert – zu der nicht zuletzt ein rabiaten Antisemitismus gehört. Wenn ausgerechnet Putin die antisemitische Vergangenheit Polens und das Versagen des

Westens im Zeichen der Appeasement-Politik der 1930er Jahre anprangert, ist das ein makabres Beispiel dafür, dass man – um ein Wort des Dichters und Liedermachers Wolf Biermann aufzugreifen – sogar mit der Wahrheit lügen kann.

Doch gerade angesichts von Putins Geschichtsmanipulationen ist es umso wichtiger, selbst bei der präzisen historischen Wahrheit zu bleiben. Da ist es nicht hilfreich, wenn eine Entschließung des polnischen Parlaments vom Januar NS-Deutschland und die Sowjetunion gleichermaßen für den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs verantwortlich macht. In Wirklichkeit stand Hitlers Absicht, Polen zu überfallen und einen Krieg um „Lebensraum im Osten“ zu führen, unabhängig von der Haltung Moskaus längst fest.

Auch die gemeinsame Erklärung der EU-Kommissionspräsidentin sowie der Präsidenten des Europäischen Rates und des EU-Parlaments zum Tag der Befreiung von Auschwitz enthielt eine fragwürdige Formulierung. Dort heißt es: „Vor 75 Jahren haben die Alliierten das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau befreit.“ Dies klang, als wolle man den spezifischen sowjetischen Beitrag zum Sieg über Hitler unter den Tisch fallen lassen. Historisch akkurat wäre eine solche Formulierung gewesen: „Vor 75 Jahren hat die Rote Armee im Zuge des alliierten Vormarsches das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau befreit.“ Damit wäre deutlich geworden, wem das konkrete Verdienst zukommt, zugleich aber auch, in welchem Kontext die Befreiungstat allein möglich war.

Aus der Tatsache, dass die Rote Armee Auschwitz befreit hat, wird von der russischen Propaganda nämlich ein geschichtspolitisches Ideologem konstruiert, das ein

besonderes Engagement der damaligen Kremlführung für die Beendigung des Judenmords suggeriert. Die Sowjetruppen befreiten das Lager aber nicht etwa, weil dem Kreml das Schicksal der europäischen Juden besonders am Herzen gelegen oder für ihn jemals eine politische Priorität dargestellt hätte, sondern einfach, weil Auschwitz-Birkenau auf der Vormarschroute der Roten Armee lag – so, wie unter anderem Mauthausen und Buchenwald auf dem Weg der US-Armee und Bergen-Belsen auf dem der britischen Streitkräfte lagen.

Daraus, dass die Sowjets Auschwitz, die Amerikaner und Briten aber „nur“ die genannten Lager befreiten, lässt sich kein hervorgehobenes Verdienst der Sowjetunion ableiten. Weil Auschwitz in der Erinnerungskultur jedoch zu einem Synonym für den Holocaust avanciert ist, kann sich Putins Russland gegenüber dem Westen mit einem gewissen Erfolg als Erbe der Macht inszenieren, die den Holocaust gestoppt habe. Tatsächlich aber waren zum Zeitpunkt des Eintreffens der Roten Armee in Auschwitz der Betrieb der Gaskammern bereits eingestellt und die meisten Häftlinge von der SS auf Todesmärsche getrieben worden.

In Bezug auf ihre Haltung gegenüber dem Holocaust hat keine der Siegermächte des Zweiten Weltkriegs Anlass zu heroischer Selbstbelobigung. Obwohl das ganze Ausmaß der Judenvernichtung den USA und Großbritannien seit dem Frühjahr 1944 bekannt war, konnten sie sich nicht zu gezielten Aktionen gegen die Infrastruktur der NS-Mordmaschinerie wie die Bombardierung der Gaskammern und der Zufahrtsgleise nach Auschwitz durchringen. Sie versäumten es damit, die Vernichtung zumindest zu verzögern und so womöglich Hunderttausenden das Leben zu retten. Was indes die Sowjetunion betraf, fand die systematische Judenvernichtung in ihrem Narrativ vom „Großen Vaterländischen Krieg“ überhaupt keinen gesonderten Platz, und der ihrer Ideologie inhärente Antisemitismus setzte sich unter dem Deckmantel des Kampfes gegen „Kosmopolitismus“ und „Zionismus“ über 1945 hinaus ungebrochen fort. Der Rückblick auf den Holocaust hält für die gesamte Weltgemeinschaft nur eine angemessene Reaktion bereit: Scham über ihr historisches Versagen. **IP**



Dr. Richard Herzinger
arbeitet als Publizist in Berlin.